

Wenn Faktenprüfer Fake News verbreiten

Welt, 07.05.2022, Axel Bojanowski

<https://www.welt.de/kultur/plus238525151/Medien-Wenn-Faktenpruefer-Fake-News-verbreiten.html>

Die Bundesregierung und Faktenchecker wollen mit künstlicher Intelligenz Fake News entlarven. Allerdings werden gezielt auch korrekte Informationen aussortiert. Entscheiden Sponsoren, wer ins Fadenkreuz gerät?

Im Juli 2018 nahm sich der „Faktencheck“ der Fernsehsendung „quer“ des Bayerischen Rundfunks eine Aussage des damaligen Präsidenten der USA vor. Donald Trump hatte gesagt, Deutschland sei aufgrund seiner Angewiesenheit auf das Erdgas eine „Geisel Russlands“. Ergebnis des „Faktenchecks“: Einzig Ex-Kanzler Gerhard Schröder sei eine Geisel Russlands.

Niemand prüfte, was der deutsche Außenminister Heiko Maas auf Trumps Behauptung entgegnet hatte: „Es gibt keine Abhängigkeiten Deutschlands von Russland, schon gar nicht in Energiefragen.“ Seine Regierung werde „nicht müde, die echten Fakten dem entgegenzusetzen“.

Vier Jahre später offenbarten die Folgen des Krieges in der Ukraine Deutschlands Abhängigkeit von russischem Gas. Kanzler Olaf Scholz (SPD) erklärte, Deutschland sei auf russisches Gas angewiesen. Käme kein Gas mehr aus Russland, drohten „gesamtgemeinschaftliche Schäden größtmöglichen Ausmaßes“, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne).

Der Realitätscheck ergibt: Trump hatte recht, Maas und der „Faktencheck“ von „quer“ hatten Fake News verbreitet. Dennoch erfreuen sich Faktenchecks großer Beliebtheit. Selbst Satire gerät in die Fänge.

Am 10. April erzählte eine Tina Hand auf Twitter, sie habe ihren an Covid-19 erkrankten Mann in ein Hotel in Quarantäne geschickt, wo er mit einer Kellnerin fremdgegangen sei. „Würde die Polizei die verdammten Quarantänen ordentlich kontrollieren, wäre das nicht passiert.“ Die Faktenprüfer von „Correctiv“ durchleuchteten den Fall: „Offenbar Satire“, urteilen sie. Facebook war weniger treffsicher, als es unlängst den Beitrag eines Nachrichtenmediums aus Texas wegen „Hassrede“ sperrte. Der beanstandete Inhalt waren Zitate aus der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten.

Faktenchecks nützen unterschiedlichen Zwecken, bilanzierte der Journalist Peter Welchering gerade auf einer Fachtagung: Sie dienen als Geschäftsmodell, als Ausdruck der Hilflosigkeit, als politische Einflussnahme, als Distinktionsmechanismus, als Erzählmethode, als Zensur, als Modebegriff. Spätestens seit Russland Faktenchecks als Kriegspropaganda zum Krieg in der Ukraine veröffentlicht, drängt sich die Frage nach dem Sinn der Prüfmedien auf.

Die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA, dem zahlreiche Falschbehauptungen nachgewiesen wurden, hatte vor sechs Jahren den Aufschwung der Faktenchecks begründet. Als Trump schließlich von Facebook und Twitter ausgeschlossen worden war, schwante dem russischen Regierungskritiker

Alexei Nawalny: „Der Präzedenzfall wird ausgebeutet werden von den Gegnern der Redefreiheit, auch in Russland.“ Immer wenn jemand ruhig gestellt werden sollte, würde auf „gängige Praxis“ verwiesen werden, ahnte Nawalny.

Staaten als Schiedsrichter der Meinungsäußerung

Die jüngsten Geschehnisse geben ihm recht: Russland verbot soziale Medien wegen „Extremismus“. Das Land könne sich dabei auf westliche Politik berufen, bestätigt der Gründer des renommierten Fachmagazins für soziale Medien „Platformer“, Casey Newton, Nawalnys Kritik.

Newton erkennt ein „Muster“: „Die westliche Politik ist übereifrig, ihr Engagement für das Verbot von Fake News und Hassreden zu demonstrieren, und die Autoritären greifen dann glücklich auf das Instrumentarium und die Rhetorik zurück“, schreibt er. Die Politik Russlands demonstriere, warum es gefährlich sei, wenn Staaten zu Schiedsrichtern der Meinungsäußerung würden: „Sobald Staaten die Macht haben, ihre Bürger zum Schweigen zu bringen, benötigt es nur eines Autokraten, um Dissens als Ganzes zum Schweigen zu bringen“, schreibt Newton.

Die Bundesregierung setzt auf Künstliche Intelligenz, um Fake News zu entlarven. Das Bildungsministerium lässt für 15 Millionen Euro Faktenprüfer-Methoden erforschen. Sie wolle das „Übel Fake News an der Wurzel packen und den Kampf gegen Desinformation durch gezielte Forschungsförderung vorantreiben“, erklärte Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger. Das Projekt „noFake“ soll ein KI-unterstütztes System zur Erkennung von Falschinformationen entwickeln.

Künstliche Intelligenz soll auch helfen, Falschberichte über den Klimawandel zu entlarven. „Unser Heiliger Gral ist es, Falschinformationen in Echtzeit zu erkennen, idealerweise, indem soziale Medien unsere Methode einsetzen“, verspricht ein Klimaaktivist der Faktenprüfer-Website „Skeptical Science“. Ihren Algorithmus füttern die Faktenchecker mit Formulierungen, die angeblich Fake News erkennbar machen. Allerdings stehen Formulierungen auf der Fake-News-Liste, die keineswegs falsch sind: „Schäden/Todeszahlen durch Extremwetter nehmen nicht zu“ beispielsweise ist eine von Daten gestützte Feststellung, die den Faktenprüfern zufolge einen Text aber automatisch als Fake News brandmarken soll.

Auch die vom Welt-Klimarat als korrekt bestätigte Aussage „Künftige Generationen werden wohlhabender und besser fähig sein, sich an den Klimawandel anzupassen“ soll dem Algorithmus zufolge als Fake News gekennzeichnet werden. Und wer schreibe, „Skeptical Science“ sei „parteiisch“, stünde ebenfalls automatisch auf der Fake-News-Liste. Algorithmen für die Erkennung missliebiger Klimainformationen haben auch andere Aktivisten konstruiert. Dabei geraten sogar ökonomische Binsenweisheiten auf die Liste zur Erkennung von Falschinformationen: „Die Erde hat viele natürliche Ressourcen, wenn wir nur lernen, sie zu fördern“ ist eigentlich von banaler Richtigkeit, gilt den Fake-News-Fahndern aber als Klimaleugnung.

„Fake News“ sei zu einer „globalen Phrase“ geworden, die Institutionen zur Durchsetzung eigener Interessen einsetzen würden, hatten Kommunikationsforscher bereits vor vier Jahren bilanziert. Doch nachdem im Januar der einflussreiche Podcaster Joe Rogan kritisch über Klima-Alarmismus diskutiert hatte, protestierten zahlreiche Medien mit „Faktenchecks“, darunter die BBC. Die BBC hat sich Regeln

für die Klimaberichterstattung auferlegt, die sie zur Distanz zu sogenannten Klimaskeptikern verpflichten.

Wer gerät ins Fadenkreuz?

Der US-amerikanische Entertainer Jon Stewart erhob Einspruch. Er fragte, für wen die bei Rogan eingeforderte „Rechenschaftspflicht“ gelte: Für die Leitmedien der USA ja offenbar nicht, sagte Stewart. Er nannte als Beispiel die Unterstützung der US-amerikanischen Medien für den Irak-Krieg 2003 und ihre kritiklose Übernahme falscher Kriegs-Rechtfertigungen der US-Regierung, während Kritiker der „Fake News“ bezichtigt worden seien. Bei der Faktenprüfung gehe es in erster Linie um Diskursmacht, folgerte Stewart.

Das Prinzip scheint ewig: Der griechische Philosoph Platon pochte darauf, dass Wahrheit von gesellschaftlichen Eliten definiert werden sollte. Das geschriebene Wort sei eine Bedrohung, weil es im Gegensatz zum gesprochenen Eigenleben entwickle, meinte Platon. Ungebildete könnten Texte missverstehen, was die soziale Ordnung gefährde. Es bedürfe eines Korrektivs der Eliten.

Der Fokus entscheidet, wer ins Fadenkreuz gerät. Klima-Faktenprüfer machen Jagd auf jene, die ihren politischen Zielen im Wege zu stehen scheinen. Umweltstiftungen wie die European Climate Foundation, die sich dem Kampf gegen fossile Energien verschrieben haben, sponsern Faktenprüfer wie beispielsweise „Klimafakten.de“ oder „Carbon Brief“. Auf das Urteil dieser Instanzen berufen sich soziale Medien bei ihrer Auslese von Fake News.

Faktenprüfung unterliege dem Bestätigungsfehler, also der vorgefassten Meinung seiner Betreiber, hat der renommierte Kommunikationsforscher Walter Quattrociocchi festgestellt. Es habe sich als „ineffektiv“ erwiesen und diene dazu, mediale Beachtung zu bekommen.

Sein Kollege Taylor Dotson plädiert dafür, statt Faktenprüfung Texte für sich stehenzulassen: „Produktive Diskussionen über schwierige Themen ergeben sich, wenn Teilnehmer die Wirklichkeit als komplex erkennen“, schreibt Dotson. Widersprüche und Mehrdeutigkeiten zu formulieren, motiviere Leser zur Kommunikation. „Der Fokus“, meint der Sozialforscher, sollte „eher auf gegenseitigem Lernen liegen und nicht darauf, recht zu haben“.